

Die Energiewende verbraucht Energie

[NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)

NAEB 2216 am 31. Juli 2022

Energie wird knapp und unbezahlbar. Doch für die Energiewende soll weiter Energie verbraucht werden. Wie lässt sich gegensteuern?

Die Bundesregierung ruft zum Energiesparen auf, um die reduzierten Bestellungen aus der Russischen Föderation zu kompensieren. Doch die gleiche Regierung nutzt den Bürgerkrieg in der Ukraine als Argument, die Energiewende zu beschleunigen. Ihr muss entgangen sein, dass für die Errichtung von Windanlagen und Solaranlagen viel Energie benötigt wird, die derzeit dringend für die Industrie und die privaten Haushalte gebraucht wird. Der dadurch verstärkte Energiemangel führt zu weiter steigenden Preisen. Damit droht vielen Haushalten der Finanzkollaps und vielen Betrieben die Insolvenz. Was ist zu tun?



Der Bedarf an Rohstoffen und Energie aus unterirdischen Brennstoffen ist sehr hoch, um Windräder und Voltaikpaneele herzustellen. Die Wiederverwertung von Resten und Abfällen beim Rückbau ist ungelöst. [1]

Energiewende sofort stoppen

Der Bau einer 1-Megawatt-Windkraftanlage (MW) kostet mehr als 1 Million Euro und braucht mehr als 2 Millionen Kilowattstunden (kWh) Primärenergie. Das sind 120 Tonnen Kohle, 100 Tonnen Erdöl oder 100.000 m³ Erdgas. 50 Haushalte können damit ein Jahr ihre Wohnungen heizen. 20.000 m² Photovoltaikfläche (2 Hektar) mit einer installierten Leistung von 2 MW führen zu vergleichbaren Investitionskosten und Energieaufwand.

Nach den Plänen der Bundesregierung, die als Osterpaket bekannt geworden und inzwischen gesetzlich verankert sind, soll in den nächsten acht Jahren die installierte Leistung der Windanlagen und Solaranlagen von mehr als 100.000 MW auf über 300.000 verdreifacht werden. Das sind jährlich 25.000 MW mit über 25 Milliarden Euro Investitionskosten und 50 Milliarden kWh Primärenergieaufwand. Damit können 2,5 Millionen Wohnungen beheizt oder Strom für 6 Millionen Haushalte erzeugt werden.

Dazu kommt der Bau der Stromleitungen von der See an Land, von Nord nach Süd und nach England, der viel Energie erfordert. 1 Kilometer Freileitung kostet rund 1 Million Euro. Für Erdkabel steigen die Kosten auf das Siebenfache. Die Primärenergie zum Bau der Leitungen liegt damit bei 2 bis zu 14 Millionen kWh je Kilometer. Dieser Energieaufwand wird nur für den Transport von Windstrom gebraucht. Wenn kein Wind weht, sind die Leitungen nutzlos. Dann müssen Kraftwerke in der Region die Stromversorgung übernehmen.

Zu den Energiekosten zum Bau der Leitungen kommen noch Leitungsverluste durch elektrischen Widerstand und weitere Effekte hinzu. Stromtransport erfordert Energie. Die Verluste der Fernleitungen liegen bei etwa 10 %. Der Transport von Kohle zu den örtlichen Kraftwerken ist preiswerter. Der Leitungsausbau und deren Betrieb entziehen der Volkswirtschaft der BRD weitere Energiemengen, die zum Heizen, zur Stromerzeugung und für die industrielle Produktion inzwischen knapp sind.

Die grünen Befürworter der beschleunigten Energiewende werden darauf hinweisen, dass die Anlagen nach der Fertigstellung sofort Strom liefern und damit den Energiemangel mindern. Doch das ist ein Irrtum. Windstrom und Solarstrom sind zweitklassig, denn sie sind vom Wetter abhängig. Sie sind weder planbar noch regelbar. Mit diesem Strom kann kein stabiles Netz aufgebaut werden. Dazu werden Kraftwerke gebraucht, die ihre Leistung geplant regeln können. Der Stromverbraucherschutz NAEB bezeichnet den Wind- und Solarstrom als FAKEPOWER (Fake=Täuschung), um zu verdeutlichen, dass die Stromkunden von Politikern getäuscht werden, die behaupten, man könne mit Windstrom und Solarstrom ein Industrieland sicher versorgen.

Der große Energiebedarf zum Bau der Fakepower-Anlagen muss zum Stopp der Energiewende führen. Die Bundesregierung macht sich lächerlich und unglaubwürdig, wenn sie zum kürzeren Duschen aufruft und gleichzeitig die energieverbrauchende Energiewende beschleunigt.

Schluss mit CO₂-Steuern

Der politisch verursachte Energiemangel treibt die Kosten in die Höhe. „Jedem zweiten Haushalt droht der Finanz-Kollaps“, titelte am 29. Juli 2022 die Wilhelmshavener Zeitung. Die gestiegenen Energiepreise führen nach Ermittlungen des Pestel-Instituts zu einem jährlichen Kaufkraftverlust von 38 Millionen Euro in Wilhelmshaven. Damit geraten Haushalte in finanzielle Schwierigkeiten. Die schwindende Kaufkraft trifft ebenfalls massiv Handwerk, Gastronomie und Dienstleister.

In dieser Situation müsste die Bundesregierung alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Energiekosten zu senken. Dazu gehört neben der Beendigung der Energiewende auch, die Besteuerung der CO₂-Emissionen aus Brennstoffen und Treibstoffen aufzuheben. Doch diese soll trotz der hohen Energiepreise weiter erhoben und laut gültigem Gesetz im kommenden Jahr von 30 auf 35 Euro/Tonne CO₂ erhöht werden. Hinzu kommt der europäische Emissionshandel. Die Industrie muss für den Ausstoß von CO₂ Zertifikate kaufen, deren Kosten durch Verknappung inzwischen auf rund 80 Euro/Tonne CO₂ angestiegen sind. Strom aus Braunkohlekraftwerken verteuert sich dadurch von 3 auf 11 Cent/kWh. Für Steinkohlekraftwerke sind die Kosten um jeweils 3 Cent höher.

Die CO₂-Bepreisung führt zu erheblichen Kostensteigerungen für Strom, aber auch im zunehmenden Maß für Brennstoffe und Treibstoffe. Ohne die CO₂-Kosten wird die Energie deutlich preiswerter. Darüber hinaus führt die einseitige Bepreisung von unterirdischen Brennstoffen zu falschen Entwicklungen, da günstige Energien politisch verteuert werden.

Zum CO₂ gibt es eine wesentliche Frage. Höhere CO₂-Gehalte in der Atmosphäre sollen die Erde kritisch aufheizen, sagen die Klimaschützer. Allen Menschen ist bekannt, dass CO₂ aus der Luft ein Grundbestandteil des Pflanzenwachses ist. Höhere Gehalte verbessern den Pflanzenwuchs. Also muss es ein Optimum geben, bei dem ein ausreichender Pflanzenwuchs möglich ist. Wer kann den optimalen Wert beziffern? Solange es kein Ziel für diesen Wert gibt, ist die ganze CO₂-Diskussion sinnlos und eine CO₂-Bepreisung ohne Grundlage.

Weitere Maßnahmen

Die Kernkraftwerke sollten weiter betrieben werden. Die drei noch aktiven Kraftwerke produzieren im Jahr die gleiche Strommenge wie 10.000 Windgeneratoren. Entgegen dem zweitklassigen Windstrom ist der preiswerte Atomstrom wichtig für ein stabiles Netz. Die verbliebenden Kernkraftwerke erleichtern eine sichere und zuverlässige Stromversorgung.

Die Verstromung der Braunkohle muss ausgebaut werden. Braunkohle ist ein heimischer vom Weltmarkt unabhängiger Energieträger. Mit Braunkohle wird Strom für 3 Cent/kWh erzeugt. Braunkohle trägt erheblich zur Versorgungssicherheit und zur Bezahlbarkeit von Strom bei. Bei den derzeitigen Steinkohlepreisen lohnt sich die Wiederaufnahme der Steinkohleförderung in der BRD, die wegen zu hoher Kosten aufgegeben wurde.

Elektroautos verursachen CO₂-Emissionen. Die Produktion des Fahrzeugs und vor allem der Batterien erfordert große Mengen unterirdische Energien. Der Ladestrom in der BRD stammt zu mehr als der Hälfte gleichfalls aus Kohle und Erdgas. Bis zur Verschrottung braucht ein Elektroauto mehr Energie als ein vergleichbares Dieselauto inklusive Dieselmotorkraftstoff, hat Prof. Singer ermittelt.

Elektroautos sind unwirtschaftlich. Ohne staatliche Zuschüsse würde sie niemand kaufen. Hinzu kommen die geringen Ladeleistungen. Die höchsten heute angebotenen Ladeleistungen liegen bei 100 Kilowatt. An jeder Tankstelle wird Treibstoff für umgerechnet mehr als 1.500 kWh in wenigen Minuten getankt. Selbst Erdgasautos und LPG-Autos sind vergleichsweise schnell vollgetankt. Die finanzielle Förderung von Elektroautos sollte umgehend eingestellt werden.

Trübe Aussichten

Das Osterpaket zeigt, dass die jetzige Bundesregierung trotz der Energieknappheit verstärkt die Energiewende vorantreiben will. Damit sind kalte Tage bis zum Erfrieren im nächsten Winter vorprogrammiert. Viele Betriebe steuern wegen abnehmender Kaufkraft auf Insolvenzen zu. Die Arbeitslosigkeit wird zunehmen. Soziale Unruhen stehen bevor. Wird die grün-rote Bundesregierung ihre Ideologie gegen die Realität tauschen? Das ist zu bezweifeln. Damit stärkt sie die extremen Rechten und Linken. Die nächste Wahl wird es zeigen.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-electric-49
[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

